



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/259 - 15.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur letzten Moskauer-Note	S. 1
Eisenhower und die Koexistenz	S. 3
Die Marinepläne des Amtes Blank	S. 5
Wohnungen und Arbeitsplätze / Hessen gibt ein Vorbild	S. 6

Der Lohn der Fahrlässigkeit

sp - Die Einladung der Sowjetunion an 23 europäische Staaten und an die USA, am 29. November in Paris oder in Moskau zu einer Konferenz über das Problem eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems zusammenzutreten, hat den Westen in eine Lage versetzt, die an heikler Peinlichkeit ihresgleichen sucht. Mit der raschen Folge dieser Note vom 13. November nach der letzten Note vom 23. Oktober, über deren endgültige Beantwortung man sich in den westlichen Hauptstädten trotz anfänglicher und sehr übereilter Ablehnung bis zur Stunde noch nicht einig werden konnte, hat die Sowjetunion den Westen in eine Ringecke manövriert, aus der heraus er die sowjetische Initiative vielleicht mit Terminverschiebungs-Vorschlägen, aber sonst praktisch nur mit einer Annahme beantworten kann.

Diese Situation entspricht völlig dem Modellfall "Berliner Viermächtekonferenz". Wieder erlebt die Welt einen Westen, der in dem nicht nur für Deutschland und Europa so zentralen gemeinsamen Problem deutsche Wiedervereinigung plus europäische Sicherheit über Prinzipien-erklärungen und feierliche Beteuerungen einfach nicht hinauskommt, während der Osten kalt, entschlossen und taktisch geschickt die Initiative übernimmt. Er braucht diese Initiative nicht einmal an sich zu reißen, sie liegt auf der Straße. Der Osten kann im kalten politischen Krieg einen Prestige-Erfolg nach dem anderen einheimen, während der Westen die undankbare Rolle des ewigen Zweiten spielt. Das deutsche Volk, das der Leitfragende der westlichen Initiativlosigkeit zu werden droht, kann sich heute nur noch fragen, ob hinter dieser passiven Haltung des Westens Unfähigkeit oder Nichtwollen oder Interessellosigkeit oder Fahrlässigkeit gesucht werden muß. In keinem Fall kann die Antwort als ein auszeichnendes Lob für den Westen gewertet werden.

Wir Deutsche werden uns endlich damit abfinden müssen, dass die Welt unser deutsches Problem nicht nach Gefühlen, sondern nach Interessen- und Berechnungen behandelt. Es wäre eine illusionäre und unpolitische Überforderung, wenn wir von den Staaten im Osten und im

15.11.1954

Westen etwas anderes erwarten und verlangen wollten. Wenn wir Deutsche uns auch in den Aktionen unserer Regierung endlich auf diese nüchternen Einschätzung der internationalen Situation einstellen würden, dann bekäme unsere staatliche Aktivität zugleich endlich klare Konturen und gäwänne auch ein Gewicht.

Unser Interesse kann aus nationalpolitischen und europäischen Gründen nicht eine Beibehaltung der Spaltung Deutschlands sein. Solange Deutschland gespalten ist, solange wird und kann es keine Befriedigung und Entspannung in Europa geben. Unser Interesse ist und bleibt daher die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Unser Interesse ist und bleibt aber auch der Einbau dieses freien Gesamtdeutschlands in ein umfassendes europäisches Kollektiv-Sicherheitsystem, an dem auch die USA aktiv und passiv beteiligt sind. Jeder Schritt von diesem Wege, der Entspannung voraussetzt und zu Entspannung und damit zum Frieden führt, widerspricht unseren Interessen und muß sich zugleich zwangsläufig gegen die Verständigung und gegen die Zusammenarbeit der Völker richten.

Stüttliche Alternativ-Vorschläge, die die SPD in jedem Einzelfall vorgeschlagen hat, in dem sie ein Abweichen der Bundesregierung von diesem Tag befrechtet und gesehen hat, waren konkret auf die Erreichung dieses großen Zieles gerichtet. Es kann niemanden in Deutschland und in Europa geben, der heute aufstehen und sagen dürfte, er habe nicht gewußt, wohin die Außenpolitik der Regierung Adenauer führen könnte und würde. Die Situation des deutschen Volkes ist heute ernster denn je. Wir stehen vor Möglichkeiten, die unser Leben als Volk und Staat entscheidend beeinflussen können. Da wir nicht im luftleeren Raum leben, müssen solche Möglichkeiten so oder so auch die Lage in Europa und das Verhältnis zwischen den beiden großen Machtblöcken im Westen und im Osten beeinflussen.

Heute rächt sich Punkt für Punkt, dass die Bonner Regierungspolitik seit fünf Jahren nur hinter der Parole der westlichen Integration herläuft. Eine Regierung, die für sich in Anspruch nimmt, die einzige legitime Sprecherin des ganzen deutschen Volkes zu sein, und die zugleich beteuert, europäisch zu denken, hätte ihre Aktivität nicht nahezu ausschließlich auf die Einbringung des westdeutschen Teilstaates in das westliche Verteidigungssystem konzentrieren dürfen. Was wir heute in der Frage der Wiedervereinigung, im Saar-Problem, in der Frage der europäischen Sicherheit, in der Frage der wirtschaftlichen und sozialen Festigung in Innern der Bundesrepublik und in der Frage unseres Verhältnisses zu unseren Nachbarstaaten vor uns sehen, das ist der Lohn einer eingleisigen und fahrlässigen Regierungspolitik, der die SPD aus guten und wohlwogenen Gründen hat und energisch widersprochen und widerstrebt hat. Heute besteht die Gefahr, dass bei dieser Konferenz, die zur Erörterung der Probleme eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems einberufen wird, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands völlig in den Hintergrund zu geraten droht. Die SPD kann keine Genugtuung darüber empfinden, dass sie mit ihren Warnungen recht behalten hat. Was in ihren Kräften steht, wird sie tun und unternehmen, um die Rechnung nicht zu hoch werden zu lassen. Aber sie muß heute mit aller Entschiedenheit verlangen, dass das deutsche Volk erkennt, wohin es geführt worden ist und wer dafür die Verantwortung allein trägt.

Der Krieg findet nicht statt

H.P. Kaum sind die Wahlen in Amerika beendet, bekommen wir von den USA ein Bukett interessanter und unerwarteter Tatsachen überreicht. War es Zufall, Absicht oder Indiskretion, dass die "Washington Post" vier Tage nach den Wahlen einen Bericht über eine Sitzung des Generalstabes veröffentlichte, demzufolge der Friede in der Welt abermals nur an einem seidenen Faden hing? Als Mao Tse Tung die kleine dem chinesischen Festland vorgelagerte Insel Quemoy bombardieren ließ, überlegte man sich im amerikanischen Generalstab, was für Gegenmaßnahmen getroffen werden könnten. Die führenden Männer des Generalstabes setzten sich dafür ein, das chinesische Festland durch amerikanische Flugzeuge bombardieren zu lassen. Der zu dieser Zeit auf Manila weilende Außenminister Dulles gab dazu telegrafisch seine Einwilligung. Wie man hört, wurde dieser Beschluß nicht ausgeführt, weil er auf die Ablehnung Eisenhowers stieß.

Dieses Ereignis ist an und für sich bedeutungsvoll und schwerwiegend genug, wenn man bedenkt, wie nahe die Welt am Ausbruch eines wahrscheinlich dritten Weltkrieges vorbeigekommen ist. Die Veröffentlichung dieser Entscheidung im jetzigen Zeitpunkt läßt aber auch die Vermutung aufkommen, dass damit vielleicht eine sichtbare Schwenkung der amerikanischen Politik, die nach den Niederlagen im Kalten Krieg durchaus auf der Tagesordnung steht, eingeleitet werden soll.

Ebenso wichtig wie die Verlautbarung der "Washington Post" sind andere Tatsachen, die sich in den letzten Tagen abgespielt haben. Es ist kaum anzunehmen, dass der Trinkspruch des amerikanischen Botschafters Bohlen, anlässlich der Revolutionsfeier in Moskau am 7. November, Herrn Molotow eine Einladung, möglichst bald nach Washington zu kommen, überbracht hätte, ohne Wissen und Billigung der amerikanischen Regierung. Ist es wirklich ein Zufall, dass zur selben Zeit bekannt wird, die amerikanische Regierung beabsichtige, mit der antionalistischen Regierung in China einen Pakt abzuschließen, der Chiang-Kai-Shek hindern soll, einen Angriff auf das chinesische Festland zu führen? Wenn man außerdem noch in diesem Zusammenhang die letzten Reden Eisenhowers und Dulles

betrachtet, so wird der Eindruck verstärkt, dass entgegen ihrer früheren Haltung, die amerikanische Regierung nunmehr auch das Bedürfnis hat, neue Wege zu suchen, um mit dem östlichen Gegenspieler irgendwie ins Gespräch zu kommen.

Es ist bekannt, dass weder Dulles noch Eisenhower das Wort Koexistenz gern in den Mund nehmen. Sie glauben, dass dieses Wort eine sehr zweifelhafte und zweideutige Bedeutung hat und von den Kommunisten weitgehend ausgenutzt wird, um ihre eigenen, wie man meint, aggressiven Pläne zu verschleiern. Wenn sich Dulles und Eisenhower trotzdem in ihren letzten Erklärungen dieses Wortes bedienen, und das friedliche Zusammenleben zwischen Ost und West propagieren, so muß das eine Bedeutung haben.

Freilich wäre es verfrüht, zu genaue Schlüsse daraus zu ziehen, doch damit erhebt sich die Frage nach den nunmehrigen Zielen der amerikanischen Außenpolitik. Zumindestens seit Genf, und verstärkt seit der obenerwähnten Sitzung des Generalstabes mit dem Veto Eisenhowers, ist man davon abgekommen, sich auf militärische Art und Weise mit den chinesischen oder russischen Kommunisten auseinander setzen zu wollen. Wenn jetzt selbst die amerikanische Regierung für eine Koexistenz eintritt, ist das nicht das Eingeständnis, dass die Politik der "massiven Vergeltung" gescheitert ist? Man wird Eisenhower kaum vorwerfen, dass er sich nunmehr in die gefährliche Nähe der sogenannten "Neutralisten" begeben hat.

Aber was wird dann die Grundlage der amerikanischen Politik sein? Sie wird den Weg der diplomatischen Verhandlung suchen müssen. Der Wahlsieg der Demokraten, wie klein er auch gewesen sein mag, kann die Entwicklung in dieser Richtung beschleunigen und die Welt erhoffen lassen, dass man nunmehr in Amerika die Politik der Stärke nicht nur im militärischen Sinne interpretiert. Vielleicht wird Staatssekretär Dulles ein Opfer dieser Wendung sein, falls diese Einschätzung der Lage richtig ist. Denn wie soll er jetzt auf diplomatischem Wege eine Politik durchführen, nachdem er sich drei Jahre lang darauf konzentrierte, die Probleme des Ost-West-Konfliktes nur militärisch lösen zu wollen?

Die Entspannung in der Welt wird jetzt von jeder Seite anerkannt. Daher ist es doppelt widersinnig, dass die Mächte der westlichen Welt

immer noch eine westdeutsche Aufrüstung als Gebot der Stunde ansehen. Die deutsche Aufrüstung ist ein Überbleibsel einer Politik, die dem Anschein nach nunmehr auch von amerikanischer Seite aus zu den Akten gelegt werden muß. Wenn diese Erkenntnis zu spät kommt, werden die deutschen Divisionen stehen. Zu welchem Zweck?

+ + +

Schneidige Marine

Von Helmut S c h m i d t, M.d.B.

Am Wochenende brachte die deutsche Tagespresse einen Bericht über die Aufgabenstellung zukünftiger deutscher Seestreitkräfte. Sie hätten im etwaigen Konfliktfall den Zweck, feindliche U-Boote abzuwehren und die deutschen Seewege von Ninenverseuchung freizuhalten. Gegen solche Zweckbestimmung ist sicherlich sachlich nichts einzuwenden, wenn zuvor die Grundsatzfrage entschieden ist, ob wir unter den gegenwärtigen außen- und innenpolitischen Voraussetzungen überhaupt Streitkräfte aufstellen sollten.

Aber von diesem Kernproblem der heutigen Bonner Politik soll heute nicht die Rede sein - sondern von einer seiner Randerscheinungen. Allerdings von einer bedeutsamen, weil symptomatischen Randerscheinung. Wir meinen den Stil und Ton, in dem die Bundesregierung heute die Verteidigungsprobleme behandelt. Es handelt sich nicht um einen neuen Stil und um neue Töne. Die unterstützungswerten reformerischen Verfechter einer neuen, der modernen Gesellschaft gerecht werdenden Auffassung des soldatischen und des militärischen Stils sind leider in einer beängstigenden Minoritätsposition. So konnte es also geschehen, dass auf der ersten Seite des amtlichen "Bulletin" der Bundesregierung unter anderem folgende programmatischen Sätze verkündet werden ("warum deutsche Marinestreitkräfte?" in Ausg. 213 v.11.Nov.54; dieser Artikel lag den Meldungen der Tagespresse zu Grunde):

".. Die Aufgabe künftiger deutscher Marinestreitkräfte wird also nicht mehr in einem Kampf um die Seeherrschaft mit den großen Seemächten bestehen ... Die Aktionen ... werden ... in der deutschen Bucht und der Ostsee stattfinden... Für leichte Seestreitkräfte wird sich in diesem Raum reichliche Möglichkeit zur erfolgreichen Betätigung bieten ... Ist auch die Ostsee ein Randmeer, so führt

sie doch weit in den Raum eines möglichen Gegners hinein und bildet für ihn eine offene Flanke..."

Man staunt über die außenpolitische Taktlosigkeit dieses Aufsatzes, der ganz offiziell von dem Marine-Sachverständigen des Amtes Blank gezeichnet ist. In Köhlers Flottenkalender mag so ein Artikel hingehen - im Regierungsbulletin ist er bestenfalls eine Dummheit, wenn man gleichzeitig noch an den Willen der Bundesregierung zu Viermächte-Verhandlungen mit der Sowjet-Union glauben soll.

Nun darf niemand denken, dass sich der Artikel im Gesamt-Zusammenhang besser ausnehme. Wir konnten aus Raumgründen nur wenige Sätze herausgreifen, der Aufsatz enthält aber leider noch eine Reihe weiterer "unglücklicher Formulierungen", wie Herr Blank sich im Sicherheitsausschuss des Bundestages auf sozialdemokratische Vorhaltungen ausgedrückt hat. Herrn Blank war übrigens der Artikel vor seiner Veröffentlichung gar nicht vorgelegt worden, aber er verteidigte seinen Marine-Sachverständigen als einen guten Soldaten. Wir wollen die guten Soldaten im Amte Blank nicht bezweifeln - was aber sollen wir von ihrer politischen Qualifikation halten?

+ + +

Arbeiter und Angestellte ohne Feierabend

"Unser Kollege Georg Krist, Rohmateriallager, legt täglich 2 x 50 km, insgesamt 4 Stunden per Motorrad, Eisenbahn und Omnibus zurück, um an seinen Arbeitsplatz und wieder nach Hause zu gelangen. Das sind, bei 6 Arbeitstagen pro Woche, im Jahr nicht weniger als 30.000 km. Da Krist unserem Werk seit 1946 angehört, hat er (so ganz nebenbei) auf diese Art und Weise rund das 6-fache des Erdumfanges zurückgelegt. Fürwahr eine erstaunliche Leistung!"

(Aus der "Werkzeitschrift für die Veith-Familie")

K.H. Es ist fürwahr eine erstaunliche Leistung, die der Arbeiter Georg Krist und Hunderttausende seiner Kollegen und Leidensgenossen täglich vollbringen. Für sie, die sogenannten Pendler, gibt es praktisch keinen oder bestenfalls nur einen sehr verkürzten Feierabend. Allein in einem Lande der Bundesrepublik - in Hessen - befinden sich täglich 420.000 Menschen im wahrsten Sinne des Wortes auf der Achse. Besonders krass ist das Problem der Fernpendler. Unter diesen Begriff fallen all jene, deren Anmarschweg länger als 8 Kilometer ist. Bei

vielen beträgt der Weg zur Arbeitsstelle 50 km. Zehntausende Kinder sehen ihre Väter oft die ganze Woche lang nicht, denn wenn der Vater frühmorgens zur Arbeit fährt und spät abends nach Hause kommt, dann schlafen die Kleinen noch oder schon. Dass das frühe Aufstehen und das später Nachhausekommen und das kurze Wochenende, das nur zum Ausruhen verwendet wird, einem gesunden Familienleben nicht zuträglich ist, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Hier, bei den Hunderttausenden Pendlern der Bundesrepublik, ergäbe sich für den Familienminister und seine Mitarbeiter ein reiches Betätigungsfeld, denn ihr Familienleben ist ohne ihre eigene Schuld im höchsten Maße gefährdet.

Der Zwölf- und vierzehnstündentag

Durch den langen Weg zur Arbeitsstelle wird der Arbeitstag des Pendlers in vielen Fällen um vier bis sechs Stunden verlängert. Doch abgesehen davon, dass unter diesen Verhältnissen auch die Arbeitsleistungen auf längere Sicht betrachtet leiden müssen, nehmen die Arbeiter und Angestellten auf die Dauer durch die Strapazen, durch Hitze und Kälte, auch gesundheitlichen Schaden.

Die kürzlich auf einigen Strecken der Bundesrepublik eingeführten Städteschnellzüge können natürlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein des Gesamtproblems der Entfernung von Wohnort und Arbeitsplatz bedeuten.

Eine wirkliche Lösung dieses menschlichen und wirtschaftlich so bedeutungsvollen Komplexes kann nur dadurch erreicht werden, dass neue Wohnungen in der Nähe der Arbeitsplätze errichtet werden. In dieser Richtung konnten in Hessen beachtliche Erfolge erzielt werden. Im Rahmen einer innerhessischen Umsiedlung, bei der vor allem die "fahrenden Berufstätigen" Berücksichtigung fanden, wurden allein von 1951 bis 1953 7.561 Wohnungen gebaut und hierfür gegen 50 Millionen DM aufgewendet. Im Jahre 1954 sind weitere 15 Millionen DM für die innere Umsiedlung vorgesehen.

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich die erfreuliche Tatsache, dass es gelungen ist, hunderten Familien, die zwar zusammen gewohnt, aber nicht zusammen gelebt haben, dieses Zusammenleben durch den Wegfall des langen Arbeitsweges zu ermöglichen. Sicherlich gibt es auch in Hessen noch viele - zu viele - Pendler. Aber zumindest wurde von der hessischen Landesregierung der Anfang gemacht, den Pendlerzügen an den Leib zu rücken mit dem Ziele, ihren Bestand zu verringern.

Es wäre zu hoffen und zu wünschen, dass das Beispiel Hessens mit seiner inneren Umsiedlung auch bei anderen Bundesländern Schule macht.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler